

Wie Militarisierung und Krieg die deutsche Regierung zu Fall brachten

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank, dass Sie heute dabei sind, und willkommen zurück zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Bevor ich mit diesem Interview beginne, möchte ich alle unsere Zuschauer daran erinnern, unseren alternativen Kanälen auf Rumble, Telegram und unserem Podcast namens Podbean beizutreten. Wenn Sie unseren Kanal sehen, wissen Sie aus unseren Inhalten, dass YouTube zu Google gehört und Google eine lange Geschichte des Shadow Banning und der Zensur von Inhalten unabhängiger und kritischer Medien wie der unseren hat. Deshalb bitten wir alle unsere Zuschauer, diesen Kanälen beizutreten, denn wenn dieser Tag jemals kommt, werden wir Sie selbst mit Ankündigung nicht erreichen können. Die Links zu all diesen Plattformen finden Sie in der Beschreibung dieses Videos. Es dauert nur ein paar Minuten und kostet Sie nichts, also treten Sie noch heute bei. Heute spreche ich mit dem langjährigen Friedensaktivisten Reiner Braun. Von 2013 bis 2019 war Reiner einer der Präsidenten des International Peace Bureau. Er ist regelmäßiger Redner bei Friedensdemonstrationen in Deutschland und gehört zu den Gründungsmitgliedern des internationalen Friedensnetzwerks „No to War – No to NATO“. Reiner, willkommen zurück.

Reiner Braun (RB): Vielen Dank für die Einladung. Meine Kamera funktioniert nicht richtig, ich hatte leider keine Zeit, sie reparieren zu lassen.

ZR: Kein Problem. Wir freuen uns, dass Sie wieder bei uns sind. Ich möchte mit der deutschen Innenpolitik beginnen. Als die deutsche Regierung 2021 aus Sozialdemokraten (SPD), Grünen und der Freien Demokratischen Partei (FDP) gebildet wurde, war die Begeisterung groß und es wurde viel Aufhebens gemacht. Man erwartete, dass sie sich positiv auf soziale und wirtschaftliche Fragen, den Klimawandel und die Außenpolitik auswirken würde. Anfang dieses Monats zerbrach die Koalition jedoch aufgrund anhaltender Meinungsverschiedenheiten über die Wirtschaftspolitik, die sich um den Bundeshaushalt 2025 drehten. Der deutsche Bundeskanzler und Vorsitzende der Sozialdemokraten, Olaf

Scholz, kündigte die Entlassung von Christian Lindner, dem Vorsitzenden der FDP, der damals das Finanzministerium leitete, aus seinem Kabinett an, was dann zum Zusammenbruch der Koalition führte. Es gibt jetzt eine Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Grünen und es wird erwartet, dass im Februar 2025 Neuwahlen stattfinden. Bevor wir uns der Außenpolitik und anderen Themen zuwenden, können Sie zunächst Ihre Einschätzung zum Zusammenbruch dieser Regierung abgeben und auch über die Hinterlassenschaft dieser Koalitionsregierung sprechen?

RB: Die Hauptursache für den Rücktritt dieser Regierung ist, dass immer mehr Geld für den Krieg benötigt wird. Und wie dieses Geld aufgetrieben werden soll, darüber gab es in der Regierung unterschiedliche Meinungen. Man war sich einig, dass der Ukraine mehr Geld zur Verfügung gestellt werden sollte. Man war sich einig, dass die Militärbudgets sogar um mehr als 2 % erhöht werden sollten. Man war sich einig über die Militarisierung Europas. Aber die Frage ist, wer soll das bezahlen? Die Sozialdemokraten wollen eine etwas gerechtere Lastenverteilung zwischen Arm und Reich. Die Liberalen wollen, dass die Armen alles bezahlen. Sie wollen die Mittel für die Arbeitslosen streichen. Sie wollen die Mittel für soziale Anliegen und ökologische Reformen kürzen. Irgendwann kommen die Sozialdemokraten an einen Punkt, an dem sie nicht mehr mitziehen, wenn sie weiter bestehen wollen. Und so weit war es gekommen. Es scheiterte schließlich daran, dass die Liberalen sagten, wir müssten die Mittel für die Menschen kürzen, die keine Arbeit finden können und von Sozialhilfe leben, und die Sozialdemokraten darauf hinwiesen, dass sie ohnehin nur über so geringe Mittel verfügen, die man nicht noch weiter reduzieren könne. Damit war die Regierung dann erledigt. Ein weiterer Punkt war, dass wir diese dumme Regel haben, dass die Schulden um 1 % pro Jahr blockiert werden. Es ist also nicht möglich, dass die Regierung mehr Schulden aufnimmt, außer in einer Krisensituation. Die Sozialdemokraten und die Grünen sagten: Ja, wir haben eine Krisensituation. Wir brauchen das Geld für die Militarisierung. Das ist eine riesige Krise. Und die Liberalen sagten: Nein, das ist keine Krise, ihr müsst den Haushalt kürzen. Und diese beiden Punkte haben die Regierung zum Scheitern gebracht. Sie haben mehr gemeinsam, einschließlich der eigentlichen Opposition, als alle erwartet hatten. Sie haben die gleiche Einstellung zum Krieg. Sie haben die gleiche Art der Militarisierung der Gesellschaft vor Augen, was auch die [Kürzung der Mittel für] Krankenhäuser, Schulen und Universitäten einschließt. Sie sind sich auch darin einig, dass sie mehr Geld für die Unterstützung der Großindustrie bereitstellen und die Mittel für die armen Menschen kürzen. Daher wird es nicht so schwierig sein, nach den Wahlen eine neue Regierung zu bilden. Ich erwarte, dass eine Regierung aus den beiden sogenannten stärksten Parteien gebildet wird, die nicht wirklich groß sind: den Konservativen und den Sozialdemokraten. Dadurch werden die sozialen Belastungen etwas besser ausgeglichen, und andererseits sind sie sich in Bezug auf die Militarisierung einig. Ich setze nicht allzu große Hoffnungen in die Wahlen, aber vielleicht bekommen wir im neuen Parlament eine stärkere Opposition von links und vielleicht hat diese Opposition zusammen mit den Demonstrationen auf der Straße einen gewissen Einfluss auf die neue Politik nach dem 23. Februar.

ZR: Lassen Sie uns näher auf die bevorstehenden Wahlen in Deutschland im Februar 2025 eingehen. Der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union (CDU), Friedrich Merz,

wird als Kanzlerkandidat antreten. Laut Meinungsumfragen wird er mit 30 bis 32 % als stärkste politische Kraft prognostiziert. Trotz des Zusammenbruchs der Koalition und des anhaltenden Rückgangs in den Meinungsumfragen haben sowohl die Grünen als auch die Sozialdemokraten beschlossen, mit denselben Gesichtern erneut anzutreten. Die Grünen nominierten Robert Habeck als ihren Kanzlerkandidaten, der derzeit Vizekanzler Deutschlands ist und auch das Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz leitet, und die Sozialdemokraten werden erneut Olaf Scholz aufstellen. Weitere bekannte Namen sind Alice Weidel von der Partei Alternative für Deutschland (AfD), die als rechts, konservativ und neoliberal gilt. Und Sahra Wagenknecht wird ihre neue Partei Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW) vertreten, die eine linkssozialistische Agenda hat, welche US-Außenpolitik sehr kritisch betrachtet und eine diplomatische Lösung in der Ukraine befürwortet. Bei der Europawahl im vergangenen Sommer, die von vielen als Test oder Simulation für die bevorstehende Bundestagswahl interpretiert wurde, erhielt die AfD 15,9 % der Stimmen, während das BSW 6,2 % erhielt. Konzentrieren wir uns einen Moment lang auf die größeren Parteien: Warum haben die Grünen und die Sozialdemokraten Ihrer Meinung nach beschlossen, dieselben Kandidaten wiederzuwählen, und glauben Sie, dass sie eine starke Rückkehr erleben werden? Und zweitens: Wie kommt es, dass die CDU als stärkste politische Kraft hervorgegangen ist, obwohl sie 2021 abgewählt wurde und nur 18,9 % der Stimmen erhielt, was als eines der schlechtesten Wahlergebnisse in der Nachkriegszeit galt?

RB: Zunächst einmal ist es ganz normal, dass man einen Kanzler nicht wechselt, wenn Wahlen anstehen. Deshalb kandidiert der bisherige Kanzler für das neu zu besetzende Amt. In den letzten Wochen hat man aber gesehen, wie groß die Opposition in der Sozialdemokratischen Partei gegen ihn war. Er ist ziemlich unbeliebt. Aber die Sozialdemokraten glauben, dass der Kandidat der Opposition, Merz, so schwach und so korrupt ist – dies hat ihn im Wahlkampf desillusioniert –, dass sie wieder die stärkste Partei werden. Das ist ihre Hoffnung. Für mich ist das unrealistisch. Aber das ist ihre Hoffnung. Die Konservativen sind nicht wirklich stärker als beim letzten Mal, aber sie haben die Stimmen der Liberalen erhalten. Die Liberalen sind von 10 % auf unter 5 % gefallen, zwischen 3 und 4 %, und zu wem sind diese Wähler gegangen? Zu den Konservativen, denn es sind eher konservativ-liberale Wähler. Für die Konservativen sind 30 % also ziemlich wenig. Angela Merkel hatte über 40 %, sogar 44 % oder 45 %, und jetzt sind es etwa 30 %. Und das liegt auch an der Politik der Regierung. Viele Menschen wollen Alternativen, und zwar nicht auf der linken Seite oder auf der rechten Seite. Man wechselt innerhalb des Systems. Sie wechseln also aus Enttäuschung von den Sozialliberalen Grünen zu den Konservativen. Das ist der Hintergrund, warum die Konservativen bei etwa 30 % liegen. Es bleibt abzuwarten. Für die Konservativen sind selbst 30 % am Ende kein wirklich gutes Wahlergebnis. Sozialdemokraten und Liberale – es ist sehr schwierig, die Köpfe für die nächste Wahl auszuwechseln, wenn man in der Regierung ist. Biden wollte auch kandidieren, und Scholz ist nicht so alt wie Biden. Die Hoffnung ist also, dass sie sagen können, die Liberalen seien für alle schlechten Dinge in der Regierung verantwortlich, und wir schaffen eine neue Hoffnung auf eine zweite Amtszeit. Vielleicht könnte das erfolgreich sein. Es ist dasselbe wie bei Schröders zweitem Wahlkampf, als er wiedergewählt wurde. Er sagte auch, dass die Alternative viel schlimmer, viel neoliberaler und viel unsozialer sei. Und das wird der

Wahlkampf der Sozialdemokraten sein, in dem sie sagen: Merz, wer ist Merz? BlackRock, wer ist BlackRock? Profit, Profit. Profit. Nichts für die Menschen. Nichts für das Gemeinwohl. Er will alle Sozialbudgets kürzen. So geht das nicht mehr. Ich denke, das ist ein bisschen wie im Wahlkampf [der Sozialdemokraten]. Im Allgemeinen – und das möchte ich noch einmal betonen – gibt es zwischen diesen drei Parteien keine so großen Unterschiede. Sie können sofort eine neue Koalition bilden. Ich denke, die Konservativen würden gerne eine Koalition mit den Sozialdemokraten eingehen, aber wenn dies aufgrund der Wahlstimmen nicht möglich ist, könnten die Konservativen auch problemlos eine Koalition mit den Grünen bilden. Ich spreche immer von diesen drei Parteien und den Liberalen, die in Deutschland zu den großen Koalitionsparteien gehören. Meine Hoffnung ist, dass sie nicht viel mehr als 50 oder 60 % der Stimmen erhalten, dass sie die Verfassung nicht ändern können, was bedeutet, dass sie kein neues 100-Milliarden-Schuldenprogramm (für das Militär) auflegen können, weil ein solches Schuldenprogramm eine Zweidrittelmehrheit ($\frac{2}{3}$) im Parlament benötigt. Das ist meine Hoffnung. Sie haben nur die Partei von Sahra Wagenknecht erwähnt, aber ich möchte noch einmal auch die kleine und in einer tiefen Krise steckende Linkspartei (Die Linke) erwähnen. Ich persönlich hoffe, dass die Partei von Sahra Wagenknecht mit weit mehr als 5 % und die Linke mit drei Direktmandaten, was auch die Voraussetzung für eine Fraktion im Parlament ist, in das neue Parlament einziehen werden, wodurch die gesamte linksliberale Seite etwas stärker wird.

ZR: Bleiben wir bei der deutschen Politik, aber mit dem Fokus auf die Ukraine. Die Grünen und die CDU haben bereits versprochen, dass sie die Ukraine nach ihrem Amtsantritt so lange wie nötig gegen Russland unterstützen werden, und sogar erklärt, dass sie die Ukraine mit Taurus-Marschflugkörpern ausstatten werden, die eine Reichweite von 500 km haben und sogar Moskau erreichen können. Die amerikanischen ATACMS-Marschflugkörper, deren Einsatz die USA der Ukraine kürzlich gegen Russland genehmigt haben, haben eine Reichweite von 300 km. Der SPD-Vorsitzende Olaf Scholz hat bisher erklärt, dass er die Ukraine im Falle seiner Wiederwahl weiterhin unterstützen, sich aber gegen die Lieferung des Taurus-Marschflugkörpersystems an die Ukraine aussprechen würde, da er eine weitere Eskalation zwischen der NATO und Russland verhindern wolle. Bemerkenswert ist jedoch das Aufkommen des Bündnis' Wagenknecht (BSW) auf Landesebene. In Thüringen wurde die BSW mit 15,8 % der Stimmen hinter der Alternative für Deutschland (AfD) und den Christdemokraten zur drittstärksten politischen Kraft und hat gerade eine Koalitionsregierung mit der CDU und der SPD gebildet. Voraussetzung für die Regierungsbildung war eine Änderung der Politik gegenüber der Ukraine, die sich stärker auf Diplomatie und Friedensgespräche konzentriert und auch die Stationierung von US-Tomahawk-Raketen in Deutschland bis 2026 stoppt. Im Koalitionsvertrag heißt es in Bezug auf die Ukraine wie folgt, und ich zitiere: „Wenngleich wir hinsichtlich der Notwendigkeit von Waffenlieferungen an die Ukraine zur Verteidigung ihrer territorialen Integrität und Souveränität unterschiedlicher Auffassungen sind, eint uns das Ziel, eine diplomatische Lösung des Krieges gegen die Ukraine und den Abbau der damit verbundenen Spannungen innerhalb Europas mit dem Ziel eines Waffenstillstandes und gerechten, dauerhaften Friedens im Sinne der Charta der Vereinten Nationen und des Budapester Memorandums voranzutreiben.“ Zur Stationierung der Langstrecken-Marschflugkörper Tomahawk in Deutschland bis 2026 heißt

es in der Vereinbarung, und ich lese den Abschnitt vor: „Wir erkennen aber auch an, dass viele Menschen in Thüringen die geplante Stationierung von Mittelstrecken- und Hyperschallraketen kritisch sehen bzw. ablehnen. Die künftige Regierung des Freistaates Thüringen fördert eine breit angelegte Debatte und verleiht auch dieser Haltung im Sinne eines nachhaltigen Einsatzes für Frieden eine öffentliche Stimme.“, Zitat Ende. Erstens, was halten Sie von dieser Koalitionsvereinbarung, die die BSW mit der SPD und der CDU im Bundesland Thüringen eingegangen ist? Genügt sie den Ansprüchen, wenn es um den Frieden in der Ukraine und die Stationierung von Langstrecken-Marschflugkörpern vom Typ Tomahawk in Deutschland im Jahr 2026 geht? Zweitens: Erwarten Sie angesichts des Sieges von Trump einen Politikwechsel, obwohl die etablierten Parteien in Deutschland nach wie vor versprechen, die Ukraine weiterhin mit Waffen zu beliefern, sobald sie an die Macht kommen?

RB: Zuallererst kann ich immer hoffen und sagen, dass wir uns viel mehr in Richtung Diplomatie bewegen müssen. Aber wenn ich mir anschau, was in den letzten Jahren passiert ist, dass in Deutschland die Regierungsparteien nur über Waffenexporte und militärische Unterstützung für die Ukraine sprechen und das Wort Diplomatie nie in den Mund nehmen – wirklich nie –, dann ist dieser Vertrag in Thüringen und sogar ein noch besserer Vertrag in Brandenburg für mich ein Zeichen der Hoffnung. Ein Zeichen dafür, dass ein politischer Wandel in Richtung Diplomatie, Verhandlungen und Waffenstillstand möglich ist. Die Formulierungen könnten definitiv viel stärker und besser sein. Aber man muss bedenken, dass es sich um eine Koalition mit der Konservativen Partei handelt, die den Krieg von Anfang an unterstützt hat und deren Kanzlerkandidat [Friedrich Merz] Taurus-Raketen an die Ukraine liefern will. Im Koalitionsvertrag steht aber „Diplomatie“. Die Kriegsmaschinerie muss gestoppt werden. Es muss verhandelt werden. Wir stehen den neuen Methoden kritisch gegenüber. Für die Politik, die Stimmung in der Gesellschaft und auch für die Friedensbewegung ist es für mich ein großer Schritt nach vorne, dass wir diese Koalitionsvereinbarungen in Thüringen und in Brandenburg haben, und hoffentlich auch in Sachsen, denn wir wissen, dass diese ziemlich ähnlich ausfallen werden. Ich habe also ein positives Grundgefühl, obwohl ich weiß, dass noch viel mehr getan werden muss. Was wir brauchen, ist eine eigene diplomatische Initiative der wichtigsten Länder Europas, Italien, Spanien, Deutschland und Frankreich. Eine Initiative, die besagt: Wir wollen, dass alle Parteien an einem Tisch sitzen und verhandeln. Wir laden den UN-Generalsekretär ein, diese Verhandlungen zu leiten. Wir laden Brasilien und China mit ihren Friedensplänen ein, bei diesen Verhandlungen eine wichtige Rolle als Vermittler zu spielen. Und während der Verhandlungen brauchen wir einen Waffenstillstand und wir stoppen den Waffenexport und die Waffenlieferungen in die Ukraine. Das ist meiner Meinung nach das, was wir brauchen. Es ist notwendig, weil es für die Menschen in der Ukraine sehr schwer sein wird, den dritten Kriegswinter zu überleben. Es gibt keine Wärme, keine Heizmöglichkeit, kein warmes Wasser. Die Infrastruktur der Städte ist zerstört. Es gibt weniger Lebensmittel. Und das bei einer Temperatur von -30/-35 [Grad Celsius]. Können Sie sich vorstellen, wie das Leben in einem solchen Winter sein würde? Und damit diese Menschen eine Chance auf humanitäre Hilfe haben, brauchen wir einen Waffenstillstand. Wir brauchen einen Waffenstillstand, nicht wegen der Russen, sondern für die Menschen in der Ukraine. So sehe ich die Lage. Ich

fordere immer wieder einen Waffenstillstand. Nun noch ein Wort zum Krieg: Es ist offensichtlich, dass die NATO den Krieg verloren hat. Die Frage ist jetzt, wie schnell führende Vertreter der NATO akzeptieren, dass sie verloren haben, und wie wir dazu beitragen können, einen Weg zu finden, bei dem niemand sein Gesicht verliert, indem Verhandlungen aufgenommen werden. Und dafür brauchen wir meiner Meinung nach erneut die große Unterstützung von Ländern wie Brasilien, China und der Afrikanischen Union. Sie können einen Prozess fördern und hoffentlich wird keine Seite ihre Würde verlieren, sodass sie sich an einen Tisch setzen können. Das ist meine allgemeine Sichtweise. In Bezug auf Ihre Frage zu Trump hoffe ich, dass diese Verhandlungen durch eine aktivere Außenpolitik Trumps in Richtung Verhandlungen und Waffenstillstand unterstützt werden. Ich persönlich glaube ihm kein Wort. Er hat es jedoch so oft wiederholt, dass es sehr schwierig ist, das Gegenteil von dem zu tun, was er bisher gesagt hat – insbesondere zu Beginn seiner zweiten Amtszeit. Ich hoffe also, dass er ein wenig in diese Richtung drängen wird, dass er die internen Gegner von Verhandlungen in der ukrainischen Regierung überwinden und auch den Europäern ein wenig dabei helfen wird, einen Schritt nach vorne [in diese Richtung] zu machen. Ich persönlich erwarte von Trump in Bezug auf den Frieden gar nichts. Ich kenne seine Position zu Gaza und Israel. Er ist ein blutiger, aggressiver Unterstützer Israels, was bedeutet, dass Tausende, Hunderttausende Menschen getötet werden. Und wir kennen seine Position zum Iran. Er hat das alte Abkommen zwischen dem Westen und dem Iran gekippt. Und er hasst diese Länder. Er will die Aggressionen und Aktivitäten gegen China ausbauen, wirtschaftlich, aber auch militärisch. Und wenn ich mir seinen Außenminister anschau, denke ich, dass er der größte Feind ist, den Kuba je haben wird. Ich glaube, sein Ziel ist es, Kuba zu vernichten. Das alles ist also nicht friedlich. Und all dies ist nicht wirklich hilfreich für die Entmilitarisierung der internationalen Politik. Ich gehe also davon aus, dass die Militarisierung weitergehen wird. Ich denke, wir werden nicht mehr über 2 % [Militärbudget] des BIP diskutieren. Wir werden über 3 %, vielleicht sogar 4 % [Militärbudget] des BIP mit allen sozialen Folgen diskutieren. Und was bedeutet es, diesen Weg zu gehen? Ich denke, wir haben in Baku bei den Klimaverhandlungen nichts gesehen; kein Geld, keine Hilfe, keine Unterstützung für die ärmsten Länder. Und vergessen Sie nie, dass jeden Abend eine Milliarde Menschen hungrig zu Bett gehen. Wir wissen also, was getan werden muss. Stattdessen tun wir genau das Gegenteil.

ZR: Ich möchte auf den Punkt zurückkommen, den Sie vorhin angesprochen haben: Der Zusammenbruch unserer Regierung basierte auf wirtschaftlichen Problemen, die durch die Militärausgaben und Kriegsausgaben verursacht wurden. Dieser 100 Milliarden [Euro] schwere Militärfond, den die deutsche Regierung angesichts der russischen Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 eingerichtet hat, wurde in erster Linie geschaffen, um einer sogenannten Sicherheitsbedrohung entgegenzuwirken, einer existenziellen Sicherheitsbedrohung, die Russland für Europa und Deutschland darstellt. Dieser spezielle Militärfond wird im politischen und medialen Diskurs nie in Frage gestellt, während alle anderen Themen, sei es die soziale Infrastruktur, bei wirtschaftlichen Fragen hinterfragt und auf den Prüfstand gestellt werden. Dieser spezielle Militärfond erfüllt die von der NATO geforderte 2%-Schwelle. Laut einem Reuters-Artikel wird die Hälfte dieses Fonds wahrscheinlich an US-Verteidigungsunternehmen gehen, zum Beispiel für den Kauf von

F-35-Kampffjets, schweren Transporthubschraubern und anderer moderner Ausrüstung. Es wird erwartet, dass Trump, wenn er Präsident wird, eine Erhöhung der NATO-Beiträge von den europäischen Ländern fordern wird, die Teil ihres Bündnisses sind. Und viele erwarten, dass der Ukraine-Krieg vielleicht europäisiert werden könnte, was bedeutet, dass Europa mehr zahlen muss. Der Krieg wird weitergehen, aber mit weniger US-Mitteln, was Trump dann seiner Basis verkaufen könnte, indem er sagt: Seht ihr, ich habe die Europäer dazu gebracht, mehr für den Krieg zu zahlen. Das würde den Krieg nicht unbedingt beenden, wie wir alle wissen. Können Sie Ihre Einschätzung zu diesem 100-Milliarden-Militärfond und seinen Auswirkungen auf das soziale Gefüge in Deutschland abgeben? Anschließend würden wir gerne mehr über Trumps Präsidentschaft und die möglichen Auswirkungen auf die deutschen Militärausgaben erfahren.

RB: Zunächst einmal darf man nie vergessen, dass es sich bei diesem 100-Milliarden-Euro-Fond um Schulden handelt. Diese müssen zurückgezahlt werden. Und wer muss das zurückzahlen? Die Steuerzahler. Was bedeutet das? Es sind die normalen Bürgerinnen und Bürger, die das zurückzahlen müssen. Das ist also der erste Punkt. Dieses Geld fällt nicht vom Himmel. Man sollte bedenken, dass dieser Fond 2027 ausläuft und viele Verträge, die wir für neue Panzer, neue Schiffe, neue U-Boote, die neue F-35 und andere unterzeichnet haben, weit über 2027 bestehen bleiben. Das bedeutet also, dass es eine Nachfolge geben wird, entweder ein neues Verschuldungsprogramm oder sie müssen es aus dem normalen Haushalt nehmen, was bedeutet, dass das Militärbudget jedes Jahr um 20 bis 23 Milliarden [Euro] erhöht werden muss. Welche Folgen hat das? Ganz einfach: tiefgreifende, massive soziale Einschnitte. Sie kennen die [Situation der] Infrastruktur in Deutschland, die Brücken auf den Straßen, die Situation der Deutschen Bahn – die Deutsche Bahn ist nie pünktlich. Wir sind im 19. Jahrhundert stehen geblieben. An den Schulen müssen die Eltern die Toiletten selbst reparieren. An den Universitäten brauchen wir definitiv neue Modernisierungsmaßnahmen. Und dann ist da noch unser Gesundheitssystem. Wir haben immer mehr ältere Menschen, die Kosten werden steigen und das Gesundheitssystem bricht zusammen. Wir werden in den nächsten zwei Jahren etwa 100 bis 200 Krankenhäuser schließen. Es gibt noch viele weitere Bereiche des Sozialsystems, über die diskutiert werden muss. Es wird gewaltige Kürzungen geben, wenn wir diesen elenden Weg fortsetzen. Und dasselbe gilt für die Europäische Union. Wir haben jetzt ein [Militär-]Budget von 430 Milliarden [Euro] für die nächsten vier Jahre für die Europäische Union. Von der Leyen wird sagen, dass es mindestens 500 Milliarden sein müssen. Woher kommt dieses Geld? Es wurde von den ärmeren Ländern in Europa genommen, denen man eigentlich bei ihrer Entwicklung helfen sollte. Rumänien, Bulgarien usw. Und es wird wieder aus dem sozialen Teil des Haushalts entnommen. Das ist eine schreckliche Situation. Die Frage ist, wie lange die Menschen noch stillhalten und das akzeptieren werden. Es gibt bereits Anzeichen für eine Veränderung dieses Verhaltens. In den nächsten Jahren werden wir dann in sehr vielen europäischen Ländern ähnliche massive Aufstände wie in Frankreich erleben. Ich denke, dass diese Politik der Militarisierung und der sozialen Kürzungen an einen Punkt kommen wird, an dem die Frage lautet: Wollen wir eine autoritäre Diktatur, die diese Linie verfolgt, oder wollen wir einen internen politischen Wandel in Bezug auf Verhandlungsmethoden, Abrüstung und soziale und ökologische Entwicklung? Niemand spricht mehr von

sozial-ökologischer Transformation, weil wir nur noch über die Entwicklung der Rüstungsindustrie sprechen, die eine Industrie mit hohen Emissionen ist. Das wissen wir alle. Trump wird uns also in Richtung Militarisierung drängen. Das ist absolut klar. Das bedeutet, dass Europa für den Krieg in der Ukraine oder am Ende des Krieges für die Militarisierung der Ukraine, für die Verteidigung der Grenzen und für den Wiederaufbau des Landes bezahlen sollte. Das Land muss wieder aufgebaut werden. Die Ukraine hatte 1991 etwa 48 Millionen Einwohner [52 Millionen]. Heute sind es zwischen 25 und 28 Millionen [38 Millionen]. 5 Millionen dieser Menschen leben in Russland. Und andere in den vielen umliegenden Ländern, darunter mehr als 1 Million in Polen. Und Polen ist viel kleiner als Deutschland. Wir haben auch etwa 1,2 Millionen Ukrainer, die hier leben. Sie müssen zurückkehren, weil sie für den Wiederaufbau gebraucht werden. Viele von ihnen sind junge, intelligente Menschen, die für den Wiederaufbau der Gesellschaft gebraucht werden. Aber wer bezahlt dafür? Ich denke, dass die Europäische Union die Ukraine sofort vergessen wird, wenn der Krieg vorbei ist. Sie werden in der Europäischen Union nicht aufgenommen werden. Sie werden die Bedingungen der EU nie erfüllen können. Niemals. Selbst wenn sie ihre Korruption verringern, gibt es so viele andere Punkte, die sie nie umsetzen werden. Für die Ukrainer gibt es in dieser Hinsicht die Probleme mit dem Wiederaufbau. Die Eigentümer des Landes sind nicht mehr die Ukrainer. Dieses wunderschöne Land, auf dem alles wächst, gehört eigentlich den internationalen Agrarunternehmen, BlackRock und anderen. Alles gehört anderen Ländern. Die Ukrainer können dort für einen geringen Lohn arbeiten, aber das Eigentum liegt bei den großen industriellen Landwirtschaftsunternehmen in Europa und dem Rest der Welt. So sieht die Realität aus. Und so sieht es auch in der restlichen Industrie aus. Welche Industrie kann in der Ukraine überleben? Die Rüstungsindustrie wird überleben. Aber alle haben [internationale] Partner, die mindestens 50 % der Anteile halten. Die Deutschen mischen mit, die Italiener und die Franzosen, und in vielen Bereichen auch die USA. Sie sind also nicht mehr die Eigentümer ihrer eigenen Industrie. Wie sollen sie also die Macht und die finanziellen Mittel für den Wiederaufbau des Landes haben, wenn der Gewinn ins Ausland fließt? Das ist ein riesiges Problem. Meiner Meinung nach wird die Ukraine noch viele Jahre nach dem Krieg leiden. Vielleicht werden wir und die sozialen Bewegungen Solidaritätskampagnen organisieren, um den Menschen in der Ukraine zu helfen, damit sie zumindest überleben können, und vielleicht können ihre Häuser und Straßen und die Schulen wieder aufgebaut werden. So sieht für mich die Situation aus. Trump geht den Weg der Militarisierung. Er wird alles tun, um die Europäer dazu zu drängen, mehr für militärische Zwecke auszugeben. Meines Erachtens wird er sich klar für eine Lastenteilung einsetzen. Nach dem Motto: Ich, Trump, bin für den Kampf gegen China verantwortlich und ihr dummen Europäer, löst eure eigenen Probleme zu Hause. Einerseits könnte das sogar bedeuten, dass er die US-Streitkräfte in Europa reduziert und vielleicht sogar ein oder zwei Militärstützpunkte schließt – großartig! Aber andererseits wird er sagen, dass die Europäer zahlen müssen. Er wird Europa nicht verlassen, weil dies gegen die Interessen der großen Unternehmen und der Großindustrie der Vereinigten Staaten verstößt. Die USA werden alles tun, um die Kontrolle über die wichtigsten Entwicklungen in Europa zu behalten, wie in der Vergangenheit auch. Aber dafür brauchen sie keine 200.000 Soldaten in Deutschland. 50.000 würden ausreichen, und sie brauchen keine 80 Militärstützpunkte, vielleicht wären auch zehn oder 15 ausreichend. Es wird also kein von den Vereinigten Staaten unabhängiges Europa

geben. Das kann ich mir nicht vorstellen. Aber es wird eine neue Lastenverteilung und neue Beziehungen zwischen den USA und Europa geben. Und ich denke, Trump wird auch versuchen, die Europäer dazu zu zwingen, mit ihm zusammenzuarbeiten, um das Problem in Westasien zu lösen, was nicht friedlich sein wird, und vielleicht wird er uns auch zu einer größeren Unterstützung zwingen, nicht nur wirtschaftlich, im Kampf gegen China. Die Zukunft der Europäer liegt also darin, weiterhin der kleinere Bruder oder die kleinere Schwester zu sein, der bzw. die neben den großen Vereinigten Staaten nichts zu sagen hat. Ich erwarte keine stärkere Unabhängigkeit und ich kann mir nicht vorstellen, dass europäische Politiker für ein unabhängigeres Europa kämpfen, da sie zu sehr mit der Atlantikbrücke und den Vereinigten Staaten verbunden sind. Wir brauchen daher auch, und Sie haben den Namen bereits erwähnt, die Hoffnung, dass Sahra Wagenknecht die Diskussion über Schritte für ein unabhängigeres Europa vorantreibt. Was können wir tun? Die USA können niemals unsere Feinde sein. Das wäre unklug. Wir haben jedoch unterschiedliche Interessen und um die europäischen Interessen stärker zu entwickeln, wird es in den nächsten vier Jahren vielleicht eine gesellschaftliche Diskussion geben, die meiner Meinung nach absolut notwendig ist. Denn Europa hat aus meiner Sicht, und das wird mein letzter Satz in diesem Zusammenhang sein, nur dann eine Chance in der Weltpolitik – angesichts der tektonischen Veränderungen, die wir derzeit in der Welt erleben – wenn es unabhängig von den Vereinigten Staaten ist und vom globalen Süden als unabhängiger, hilfreicher und unterstützender Partner akzeptiert wird. Und dafür ist immer mehr Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten erforderlich.

ZR: Mein nächstes Thema ist der Nahe Osten und dabei insbesondere Israels Angriffe auf Gaza und den Libanon. Der Krieg zwischen der Hisbollah und Israel im Südlibanon ist in vollem Gange, mit täglichen Abstürzen und Raketenbeschuss. Die Zahl der zivilen Todesopfer im Libanon ist laut dem libanesischen Gesundheitsministerium auf 3600 gestiegen. In Gaza hat die Zahl der Todesopfer 44.400 überschritten, wobei täglich Dutzende, manchmal Hunderte Zivilisten im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus von Israel getötet werden. Diesen Monat veröffentlichte Human Rights Watch einen Bericht, in dem Israel für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich gemacht wird. Die Organisation fügte hinzu, dass Regierungen weltweit gezielte Sanktionen verhängen und auch alle Waffenverkäufe an Israel stoppen sollten. Letzte Woche erließ der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu, den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant und den Militärbefehlshaber der Hamas, Mohammed Deif. In Bezug auf die Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant erklärte der IStGH, dass sie für das Verbrechen verantwortlich sind, Hungersnot als Methode der Kriegsführung einzusetzen, und sich auch durch Mord, Verfolgung und unmenschliche Handlungen Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben. Israel lehnte diese Haftbefehle ab und bezeichnete sie als antisemitisch, während die USA sie unter Berufung auf Verfahrensfehler zurückwies. Ich würde gerne einen Blick auf die deutsche Regierung werfen. Die Reaktion Deutschlands war recht widersprüchlich. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock erklärte einerseits gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Fernsehsender ARD, dass Deutschland den IStGH anerkenne und an ihn gebunden sei, andererseits sagte sie aber auch, und ich zitiere: „Wir prüfen jetzt natürlich genau, was das für die Umsetzung in Deutschland bedeutet“, Zitat

Ende. Auch der deutsche Regierungssprecher Steffen Hebestreit folgte dieser Argumentation, indem er einerseits erklärte, dass Deutschland, Zitat, „einer der größten Unterstützer des IstGH“ sei, Zitat Ende. Anschließend fügte er hinzu: „Ich kann mir nur schwer vorstellen, dass wir auf dieser Grundlage Verhaftungen vornehmen würden.“ Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hingegen hat sich von Anfang an klar geäußert. Bei einem Besuch in Zypern erklärte er, ich zitiere: „Die Staaten, die das Römische Statut unterzeichnet haben, sind verpflichtet, die Entscheidung des Gerichtshofs umzusetzen. Das ist keine Option.“ Können Sie uns zunächst erläutern, was die derzeitige Haltung Deutschlands bzw. das Fehlen einer solchen Haltung gegenüber dem IstGH-Haftbefehl offenbart? Und zweitens, was sollte Deutschland Ihrer Meinung nach zum jetzigen Zeitpunkt tun, um die Lage in Israel, Gaza und Libanon zu stabilisieren?

RB: Deutschland tut wirklich das Gegenteil davon, die Situation in der Region zu stabilisieren. Das Hauptproblem ist, dass wir Tag für Tag Waffen nach Israel schicken. In diesem Jahr waren es, glaube ich, 300 Aufträge. Und wir sind nach den Vereinigten Staaten der größte Waffenlieferant für Israel. Das ist absolut inakzeptabel. Und es ist das Gegenteil von dem, was wir brauchen. Zunächst möchte ich sagen, dass diese ganze Situation in Gaza und jetzt auch im Libanon und allgemein in Palästina für mich eine der größten Tragödien der Geschichte nach 1945 ist. Und wir müssen alles tun, um einen Weg zu finden, diese Tragödie für die Menschen in den betroffenen Regionen zu lösen und zu beenden. Und in diesem Fall meine ich alle Menschen in der Region, einschließlich der israelischen Bevölkerung. In einem Apartheidstaat kann man kein normales Leben führen. Solch ein Leben kann man sich auf der Gewinnerseite vorstellen, aber man ist nur für kurze Zeit auf der Siegerseite. Ein Apartheidstaat überlebt nie lange. Und es ist niemals akzeptabel, dass die deutsche Regierung zu dem Völkermord, den Israel begeht, schweigt. Es ist die deutsche Geschichte – und die Ermordung von sechs Millionen Juden –, die uns dazu zwingt, gegen jede Art von Völkermord zu sein! Ich sage es ganz deutlich: Völkermord wird aufgrund der deutschen Geschichte niemals akzeptiert. Deshalb müssen wir Israel scharf kritisieren. Das ist meine Meinung. Das hat nichts mit antisemitischen Überzeugungen oder Ähnlichem zu tun. Dies ist eine klare Kritik an der inakzeptablen Politik eines Apartheidstaates. Und ich denke, dies muss aus einer Perspektive des Friedens und der Verhandlung für die Region geschehen und sehr deutlich gesagt werden. Was die Hamas am 7. Oktober getan hat, ist unter keinen Umständen tolerierbar. Aber das ist keine Rechtfertigung – nicht im Geringsten – für das, was danach passiert ist. Niemals. Und was die deutsche Politik angeht – und es ist wirklich unglaublich, was Annalena Baerbock und andere tun – war die Doppelmoral noch nie so offensichtlich wie im Umgang mit Israel. Was Israel tagtäglich tut, verstößt absolut gegen das Völkerrecht. Jeden Tag – Tötung von Zivilisten, Bombardierung von Schulen. Die Liste ist unendlich lang. Und was tun wir? Wir werfen den Russen vor, illegal zu handeln. Nun ja, man kann nicht nur eine Konfliktpartei beschuldigen und das Vorgehen der anderen verteidigen – das glaubt einem niemand. Der deutsche Einfluss auf die internationale Politik hat sich in den letzten Jahren dramatisch verringert, weil die Mehrheit der Länder, vor allem im globalen Süden, diese Doppelmoral sieht. Und dann denken sie über ihre eigene Geschichte nach und sehen wieder die Doppelmoral. Sie sprechen über Menschenrechte und kritisieren nie den Kolonialismus. Und dann büßen sie nie für ihre kolonisierenden

Aktivitäten! Dieser Krieg in Westasien hat meiner Meinung nach erneut einen Anstoß für eine große Veränderung der Weltordnung gegeben, weil die westlichen Länder und vor allem Deutschland ihre Glaubwürdigkeit verloren haben. Und das ist die Realität. Ich denke, es ist gut für den Wandel der Weltmacht. Für die Deutschen ist es schlecht, denn ich würde wirklich gerne einen Friedensprozess in dieser Region nach dieser Tragödie stärker unterstützen. Aber so sieht die Realität aus. Und wissen Sie, ich kann nicht – es ist sehr schwierig, einen Ausweg zu sehen. Sehr schwierig. Und ich bin ein wenig optimistisch, was die Ukraine betrifft, dass wir 2025 zu einem Friedensprozess kommen. Aber ich bin sehr pessimistisch, wenn ich nach Westasien schaue. Und ich kann nur hoffen, dass wir einen Waffenstillstand erreichen und dass wir den Menschen helfen können, zu überleben, denn in dieser Region beginnt der Winter und es fängt an zu regnen. Darauf gründet sich meine kleine Hoffnung. Sie haben mich nach einer Lösung gefragt. Ich sehe nur eine langfristige Lösung, und zwar müssen alle Länder, alle Parteien, alle Interessengruppen an einem großen Verhandlungstisch sitzen und das entwickeln, was wir in den 70er Jahren mit dem Helsinki-Prozess entwickelt haben – einen gemeinsamen Sicherheitsprozess, der alle in der Region einbezieht und einen Kompromiss in der gemeinsamen Lösung für alle Konflikte findet. Ich denke, es ist unmöglich, einen Konflikt herauszugreifen und zu versuchen, ihn zu lösen, weil alle eng miteinander verbunden sind. Wir brauchen einen gemeinsamen Sicherheitsprozess der Vertrauensbildung, der Verhandlung und des Dialogs für eine kooperative Entwicklung in der gesamten Region. Das ist für mich der einzige Weg, aber definitiv nicht der Weg für morgen. Aber das ist der einzige Weg, der meiner Meinung nach funktionieren kann. Und was Ihre Frage nach einer Ein- oder Zweistaatenlösung betrifft – vielleicht ist das etwas realistischer, aber ich habe meine Zweifel, dass es eine Zweistaatenlösung geben wird. Letztendlich brauchen wir meiner Meinung nach ein kooperatives System in der gesamten Region, das auf Verhandlungen, Freundschaft und wirtschaftlichen Kontakten zwischen all diesen Ländern in der Region beruht. Das ist der einzige Standpunkt, den ich mir vorstellen kann, um aus dieser Katastrophe in dieser Region herauszukommen. Und noch einmal zu Trump – Trump wird in dieser Situation nicht hilfreich sein. Absolut nicht. Denn er ist sehr zielstrebig. Und in dieser Situation ist es definitiv nicht hilfreich, zielstrebig zu sein. Und ich habe nicht wirklich viel Hoffnung für die Region. Es ist eine Tragödie. Aber ja, vielleicht können wir die Idee ein wenig erweitern, dass wir als ersten Schritt mehr humanitäre Hilfe für die Menschen brauchen – vielleicht bringt das ein neues Klima der Offenheit, das verschiedene Parteien zusammenbringt.

ZR: Reiner Braun, langjähriger Friedensaktivist und politischer Kommentator, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

RB: Danke.

ZR: Und vielen Dank, dass Sie heute eingeschaltet haben. Wenn Sie unsere Videos regelmäßig ansehen, denken Sie bitte daran, dass unsere unabhängige Medienorganisation kein Geld von Konzernen oder Regierungen annimmt. Wir erlauben nicht einmal Werbung, alles mit dem Ziel, Ihnen Informationen zu bieten, die frei von jeglichem externen Einfluss sind. Daher sind wir auf Sie angewiesen, um unseren unabhängigen und kritischen

Journalismus fortzusetzen. Bitte bedenken Sie auch, dass hinter den Kulissen ein ganzes Team arbeitet, das sich aus den Bereichen Kamera, Licht, Ton, Übersetzung, Voiceover und Korrektur zusammensetzt und sich dafür engagiert, Ihnen Informationen zu liefern, die kritisch sind und eine andere Perspektive bieten. Bitte spenden Sie noch heute und unterstützen Sie unseren unabhängigen Journalismus. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und dafür, dass Sie eingeschaltet haben. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Bis zum nächsten Mal!

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org	PATREON: https://www.patreon.com/acTVism	BETTERPLACE: Link: Klicken Sie hier
---	--	--	---

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

Thank you for reading this transcript. Please don't forget to donate to support our independent and non-profit journalism:

BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org	PATREON: https://www.patreon.com/acTVism	BETTERPLACE: Link: Click here
---	--	--	---

The acTVism Munich e.V. association is a non-profit organization with legal capacity. The association pursues exclusively and directly non-profit and charitable purposes. Donations from Germany are tax-deductible. If you require a donation receipt, please send us an e-mail to: info@acTVism.org